

Mobilisierung und (Selbst-)Organisation in der neoliberalen Stadt: Von unten oder von den Rändern? Von links und von rechts?

Margit Mayer

Margit Mayer: margit.mayer@metropolitanstudies.de

Die neoliberalen Umstrukturierungen des Städtischen haben derart vielfältige Entrechtungs- und Enteignungsprozesse in Gang gesetzt, dass nicht nur marginalisierte und einkommensarme Gruppen, sondern auch unterschiedliche Mittelschichten bedroht, benachteiligt oder verdrängt werden. Die städtische Bewegungs- und Protestlandschaft hat sich entsprechend ausdifferenziert und vervielfältigt. Wurden ‚Recht auf Stadt‘-Forderungen zunächst von progressiven Akteuren und mit sozial-inklusivem Gestus artikuliert (wenngleich in einer Bandbreite von Schattierungen, vom linksradikalen Aktivismus für urbane Freiräume bis zur formaljuristischen Institutionalisierung von enumerierten spezifischen Rechten), so haben sich inzwischen auch rechte Gruppen die RaS-Forderung zu eigen gemacht. Sie beziehen diese jedoch exklusiv auf abstiegs- bzw. verdrängungsbedrohte *deutsche* Stadtbewohner*innen. Gleichzeitig treten innerhalb linker Bewegungsmilieus verstärkt Spannungen zutage. Etwa zwischen Gruppen, die von manchen Dimensionen neoliberaler Stadtentwicklung profitieren (können) – sei’s von der ‚Kreativen Stadt‘-Politik, den innovativen Planungs- und Kooperationsverfahren, oder den smarten, umwelttechnologischen Modernisierungsmaßnahmen –, und diversen ‚urban outcasts‘ bzw. deren Fürsprechern. Vor dem Hintergrund der Forschung zur neoliberalen Urbanisierung verfolgt der Beitrag an einigen empirischen Fällen die Wirkungsweise von entsprechenden Vereinnahmungs- und Kooptierungsprozessen und fragt nach den Bedingungen der Möglichkeit von Solidarisierung gegen Immobilienlobbys, großen Wohnungsunternehmen, Developern und Finanzmarkt-Akteuren, die hinter den Enteignungs- und Entrechtungsprozessen stehen.

Zwischen Selbstverwaltung, Stadt und Investor – Die politische Organisierung eines Weddinger Eckhauses als AmMa 65

Vertreter*in von AmMa 65 e.V.

Vertreter*in von AmMa 65 e.V.: kontakt@amma65.de

Eine kleine Ecke in einer unscheinbaren Gegend im Berliner Norden. Ein Haus, welches baulich einem Haus im Berliner Prenzlauer Berg der 1990er Jahre ohne Probleme den Rang ablaufen könnte. Feuchte modrige Keller, Ofenheizung und ein Dach, welches nur durch die Eimer dichtgehalten wird, die darunter stehen. In diesem Haus wohnen nicht nur Mieter*innen, sondern eine Gemeinschaft, die trotz oder vielleicht wegen der widrigen Umstände immer mehr zusammengewachsen ist. Eine Gemeinschaft die miteinander lebt und teilt und die sich schon eine ganze Weile mit dem Vornamen kennt. In der AmMa65 e.V. – AmMa steht für die Straßenecke Amsterdamer Straße/Malplaquetstraße und 65 für die Postleitzahl des Wedding – leben rund 90 Menschen, vier Generationen alter und neuer Berliner*innen, deren Zusammenhalt, Ausdauer und Kraft besonders in den letzten Jahren ordentlich auf die Probe gestellt wurde. Bereits 2015 gab es die Überlegung, das Haus irgendwann selbst zu kaufen, zu bewirtschaften und so für das Gemeinwohl und die Gemeinschaft zu erhalten. Es wurden Kaufmodelle und Möglichkeiten eruiert, Sanierungspläne entworfen und zahlreiche Plena gehalten. Alle mit dem Ziel, das Haus wirtschaftlich und doch sozial zu machen. Alle sollen wohnen bleiben! Ende 2017 dann der Schock. Ohne Vorwarnung wurde das Haus an den Berliner Investor Jakob Mähren verkauft. Wenig später unterschrieb er die sogenannte „Abwendungsvereinbarung“, ein u.a. vom Land installiertes Reglement zum Schutz vor Immobilien-Monopoly, welches allerdings nur zu leicht umgangen werden kann. Ein Traum war geplatzt – oder? Durch die Vorbereitung gut aufgestellt wurde aus dem Planspiel auf einen Schlag ein realer Kampf ums Überleben. Dieser Kampf scheint vorerst gewonnen. Nach unzähligen Pressemitteilungen, Demonstrationen, Symposien, Plenen, Telefonaten und Verhandlungen verkaufte Mähren etwas mehr als ein Jahr später an eine städtische Wohnungsbaugesellschaft weiter. Genau hier steht die AmMa im Moment. Erste Gespräche mit der neuen Vermieterin haben stattgefunden – man verhandelt weiter. Für eine soziale Wohnungspolitik, für sichere Wohn- und Lebensräume und für das lieb gewonnene Zuhause im Wedding.

Das Netzwerk Leipzig – Stadt für alle: Wohnungspolitik als „Verwaltungs-Watch“

Tobias Bernet

Tobias Bernet: mail@tobiasbernet.de

Als das Netzwerk „Leipzig – Stadt für alle“ 2013 entstand, erschien ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen und der Konkurrenzkampf um den städtischen Raum vielen noch kaum als Problem. Wachsender Zuzug und abnehmender Leerstand machten aber schon damals deutlich, dass Leipzig nicht auf ewig das „Disneyland des Unperfekten“ (FAZ), also eine an Frei- und Experimentierräumen reiche Stadt, bleiben wird. Als Netzwerk von Aktivist*innen, von denen sich viele beruflich und/oder wissenschaftlich mit Stadtentwicklung und Wohnungspolitik befassen, war und ist „Stadt für alle“ bemüht, auf die tatsächlichen Entwicklungen aufmerksam zu machen. Als wir 2015 im Zuge der Erarbeitung des neuen wohnungspolitischen Konzepts der Stadt Leipzig darauf beharrten, dass ein angespannter Wohnungsmarkt eine vor der Tür stehende Realität und kein Gedankenspiel sei, war das fast schon Ketzerei. Mittlerweile wird diese Einschätzung von keiner ernstzunehmenden Seite mehr bestritten. Dass wir recht behalten haben, heißt aber auch, dass wir die Entwicklung nicht haben aufhalten können. So arbeiten wir uns weiterhin mit konkreter Kritik und Forderungen an der Kommunalpolitik in einer wachsenden, immer noch armen Stadt ab und versuchen dabei, das große Ganze nicht aus dem Blick zu verlieren. Für einen großen Teil unserer Arbeit ist irgendwann der Begriff „Verwaltungs-Watch“ entstanden: Wir schauen den Verantwortlichen auf die Finger und kritisieren sie möglichst fachkundig und öffentlichkeitswirksam. Daneben unterstützen und vernetzen wir immer wieder konkret von Verdrängung bzw. Entmietung Betroffene. Momentan wird das Netzwerk – de facto eine kleine, aber stabile Gruppe – zudem Teil eines lange „fehlenden“ Protestmilieus. Trotz des Anspruchs, die „Stadt für alle“ auch migrations-, sucht- oder kulturpolitisch etc. zu denken, ist die Wohnungspolitik unser zentrales Arbeitsfeld – nicht zuletzt aufgrund der Nähe zu selbstverwalteten Wohnprojekten, die sich in Leipzig in den Jahren des Leerstands etablieren konnten. Hier sind glaubwürdige Ansätze einer anderen Wohnungswirtschaft entstanden, die modellhaft zeigen, wie eine inklusivere und demokratischere Stadtgesellschaft funktionieren kann.

Das Bellevue di Monaco – Herausforderung der Münchner Innenstadt als Ort der Willkommenskultur und des Engagements

Matthias Weinzierl

Matthias Weinzierl: info@bellevuedimonaco.de

Braun und grün verwaschen, schlicht, mit verglastem Sockelgeschoss passte das städtische 50er-Jahre-Wohnhaus in der Müllerstraße nicht ins Gründerzeit-Straßenbild des an der Grenze zur Altstadt liegenden, inzwischen gentrifizierten Münchner Glockenbachviertels. Oder doch? Architektonischer Fauxpas der Nachkriegszeit oder städtebaulicher Fixpunkt? Das Wohnhaus befand sich nebst Nachbarhaus im Prozess der Entmietung und steuerte auf seinen Abriss zu, um dem Münchner Mietpotential auf dem Grundstück gerecht zu werden. Der mit dem Abriss auch in Frage stehende Bolzplatz aktivierte Anwohner*innen zum Protest. Durch eine medial vielbeachtete „Gorilla“-Renovierung 2013 durch Aktivist*innen der Kunstaktion „Goldgrund“ sowie die Einholung von Gutachten wurden wohnungspolitische Statements gegen den vermeintlich notwendigen Abriss gesetzt und stellvertretend mit diesen Wohnhäusern ein Umdenken der Stadt eingefordert. Nachdem 2015 die Zahl Geflüchteter in Deutschland in kurzer Zeit anstieg, entwickelte sich aus den wohnungspolitischen Aktivist*innen der Müllerstraße, Akteur*innen aus der Flüchtlingspolitik und den Münchner Gegenprotesten zu Pegida ein breites Bündnis aus dem Kultur- und Sozialbereich. Es zielte darauf ab, in der Münchner Innenstadt, wo vom Zuzug Geflüchteter bisher noch nicht viel zu spüren war, Orte des Ankommens zu schaffen. Gegründet wurde schließlich die Sozialgenossenschaft „Bellevue di Monaco“. Sie verbindet ein wohnungspolitisches Engagement in der Stadt mit demjenigen für Geflüchtete zu Forderungen nach einer sozialen Stadtpolitik. Diese werden im zivilgesellschaftlichen Engagement selbst, durch das konkrete Hausprojekt formuliert und so der Beweis angetreten, dass eine Stadt für alle und des Willkommens möglich ist. 2018 wurden die Wohnhäuser von der Stadt an die Sozialgenossenschaft verpachtet. Seitdem bietet sie in den Wohnungen ca. 40 geflüchteten Menschen Wohn- und Rückzugsraum. Im gläsernen Untergeschoss öffnet sich das Bellevue zur Stadt hin. Mit Beratungsangeboten und mit einem von Geflüchteten betriebenen Café ist es Anlaufstelle. Mit seinem gesellschaftspolitischen Kulturprogramm und Angebot ist es Forum für politische Debatten. Die politische Praxis macht die Wohnhäuser zum städtebaulichen Fixpunkt der Forderung nach einer inklusiven Stadt.